

32 HISTORIE

Am 19. Februar 1919 erteilt der Präsident der verfassunggebenden Nationalversammlung in Weimar der SPD-Abgeordneten Marie Juchacz das Wort. Es ist bereits der elfte Sitzungstag. Die schlanke Frau tritt an das Rednerpult und beginnt souverän und selbstbewusst mit einer Umkehrung der traditionellen bürgerlichen Höflichkeitsformel. Statt mit „Meine Damen und Herren“ spricht sie die versammelten Abgeordneten mit „Meine Herren und Damen“ an. Ein Hinweis darauf, dass Damen im Plenum sich gleichberechtigt fühlen und ihren männlichen Kollegen dieselbe Höflichkeit erweisen, wie umgekehrt. Die überraschende Wendung löst im Saal Heiterkeit aus. Die begabte Rednerin fährt jedoch ungerührt fort: „Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, (...) dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa (...) Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit. Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“

SPD setzt Frauenwahlrecht durch
Tatsächlich waren die Frauen in Deutschland vor der Revolution politisch entmündigt. Erst seit 1908 durften sie überhaupt politische Versammlungen besuchen und Mitglied einer Partei werden. Dafür hatte die Frauenbewegung jahrzehntelang hart gekämpft, unterstützt von der Sozialdemokratie. Doch auch wenn es Erfolge im Kampf für die Gleichberechtigung gab, durften Frauen auch nach 1908 nicht wählen. Das änderte sich erst mit dem Ende des Kaiserreichs. Am 12. November 1918 erließ der regierende „Rat der Volksbeauftragten“ unter Führung von SPD-Chef Friedrich Ebert ein neues Wahlgesetz, in dem das aktive und passive Wahlrecht „für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen“ eingeführt wurde. Die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurde zu einem großen



Begleitet von ihren Töchtern: Marie Juchacz in Weimar, dem Tagungsort der deutschen Nationalversammlung 1919

PREMIERE IM HOHEN HAUS

VOR 95 JAHREN Als erste Frau in einem deutschen Parlament spricht Marie Juchacz vor der Nationalversammlung in Weimar

Von Thomas Horsmann



SPD-Reichstagsabgeordnete: Juchacz in den 1920er Jahren



Begabte Rednerin: Zu Tausenden spricht Marie Juchacz 1919 in Berlin.

Erfolg. Von den 17,7 Millionen wahlberechtigten Frauen gingen 82 Prozent zur Wahl. 300 Frauen kandidierten, 37 wurden gewählt – darunter Marie Juchacz.

1919 gründet Juchacz die AWO

Die spätere Gründerin der Arbeiterwohlfahrt wurde 1879 in Landsberg an der Warthe als Marie Gohlke geboren, besuchte die Volksschule und arbeitete zunächst als Dienstmädchen und Fabrikarbeiterin, dann als Krankenpflegerin. 1898 begann sie eine Schneiderlehre und heiratete 1903 ihren Lehrmeister Bernhard Juchacz. 1906 ließ sich Marie Juchacz scheiden und zog mit ihren beiden Kindern und ihrer Schwester nach Berlin, wo sie sich für die SPD zu engagieren begann. 1908 trat sie der Partei bei und wurde eine bekannte Rednerin. 1913 bis 1917 war sie hauptamtliche Frauensekretärin im SPD-Bezirk Obere Rheinprovinz in Köln. 1917 wurde Juchacz in den Zentralen Parteivorstand gewählt, hinzu kam die Leitung des Frauenbundes und die Redaktion der „Gleichheit“-Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Marie Juchacz war nicht nur die erste Frau, die in einem deutschen Parlament sprach, sie war auch die einzige Frau, die dem „Ausschuss zur Vorbereitung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs“ der Nationalversammlung angehörte. 1920 trat sie erneut für die SPD an und wurde in den Reichstag gewählt, dem sie bis 1933 angehörte. Am 13. Dezember 1919 gründete Juchacz die Arbeiterwohlfahrt (AWO), deren Vorsitzende sie bis 1933 blieb. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten emigrierte sie über Frankreich in die USA. 1949 kehrte sie nach Deutschland zurück und wurde Ehrenvorsitzende der AWO. Marie Juchacz starb am 28. Januar 1956.

Der Frauenanteil im Reichstag war seit 1919 kontinuierlich von 8,7 Prozent auf 3,3 Prozent 1933 gesunken. Doch Marie Juchacz erlebte noch, wie sich die Zahl der weiblichen Abgeordneten wieder erhöhte. 1949 waren es 6,8 Prozent, 1953 8,8 Prozent und damit mehr als zu Juchacz aktiven Zeiten. Heute liegt der Frauenanteil im Bundestag bei 36,3 Prozent. ■

VORWÄRTS-IMPRESSUM

Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie gegründet 1876 von W. Hasenclever und W. Liebknecht
Herausgeberin: Yasmin Fahimi Redaktionsadresse: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 610322, 10925 Berlin; Tel. 030/25594-100, Fax 030/25594-192, E-Mail: redaktion@vorwaerts.de. Chefredakteurin: Karin Nink (V.i.S.d.P.) Redaktion: Lars Haferkamp (Textchef); Dagmar Günther (CoD); Hendrik Rauch (Bildred.); Kai Doering, Carl-Friedrich Höck, Yvonne Holl (Reportage); Vera Rosigkeit (Online); Dr. Susanne Dohrn und Birgit Güll (redaktionelle Mitarbeit); Sarah Kohlhauser (Volontärin)
Fotografie und Titelgestaltung: Dirk Bleicker Layout: Jana Schulze Korrespondenten: Jörg Hafkemeyer (Berlin), Renate Faerber-Husemann (Bonn), Lutz Herrmann (Paris)
Geschäftsführung: Guido Schmitz Anzeigen: Nicole Steizner (Leitung strategische Unternehmensentwicklung und Verkauf); Nele Herrmann Valente, Simone Roch, Carlo Schöll und Johann Kleene (Verkauf) Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 37 vom 1.1.2014 Verlags-Sonderseiten: verantw. Guido Schmitz Vertrieb: Stefanie Martin, Tel. 030/25594-130, Fax 030/25594-199 Herstellung: metagate Berlin GmbH Druck: Frankenpost Verlag GmbH, Poststraße 9/11, 95028 Hof
Abonnement: IPS Datenservice GmbH, Postfach 1331, 53335 Meckenheim; Tel. 02225/7085-366, Fax -399; bei Bestellung Inland: Jahresabpreis 22,- Euro; für Schüler/Studenten 18,- Euro; alle Preise inkl. Versandkosten und 7 Prozent MwSt.; Ausland: Jahresabpreis 22,- Euro zzgl. Versandkosten. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Für SPD-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten (bei Änderungen bitte an den SPD-UB wenden).
Bankverbindung: SEB Berlin, BLZ 2100 101 11, Konto-Nummer 174 813 69 00
Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen wird keine Haftung übernommen.